

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlags- und Druckerei-AG, Dresden, Postfach 1008
Druck u. Verlag: A. G. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 1008
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Landesverwaltung Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Druck u. Verlag: A. G. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 1008
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Landesverwaltung Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlags- und Druckerei-AG, Dresden, Postfach 1008
Druck u. Verlag: A. G. Schmidt & Co., Dresden, Postfach 1008
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Landesverwaltung Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Die englisch-deutschen Beziehungen

Londoner Erwägungen über die Konzentration

London, 7. Februar.

Die Erlasse des Führers und die Ernennungen vom 4. Februar stehen noch immer im Vordergrund des Interesses und der Betrachtungen der Londoner Presse. Die Sensationsblätter, deren Orakeln sich samt und sonders als verfehlt erwiesen hat, können sich nicht verlagern, auch weiterhin unsinnige Kombinationen anzustellen und absolut kindliche Gerüchte zu erfinden. Der ernst zu nehmende Teil der englischen Presse dagegen versucht seinen Lesern darzustellen, welches Gewicht den Entscheidungen des Führers zukommt.

Im Vordergrund stehen dabei insbesondere folgende Fragen: Was bedeuten die vom Reichskanzler ergriffenen Maßnahmen auf militärischem und diplomatischem Gebiet? Welche Auswirkungen werden sie auf die Außenpolitik Deutschlands haben?
Die Maßnahmen des Führers, meint die „Times“, würden zusammengesetzt eine Anpassung des Staatsapparats an die Erfordernisse des nationalsozialistischen Deutschlands auf der Grundlage fünfjähriger Erfahrungen bedeuten. Die Vereinigung von Partei und Heer, die seit ein Teil des nationalsozialistischen Programms gewesen sei, sei jetzt vollendet. Das Ausland habe bisher, führt die „Times“ u. a. weiter aus, auf die Verluste Ereignisse verstanden reagiert. Die Italiener hätten keine Zweifel über ihre Glückseligkeit gelassen; die Franzosen neigten zu pessimistischer Stimmung. In England bestünde eine alte Tradition gegen die Kritik an den inneren Angelegenheiten anderer Länder. Alles was England unmittelbar angehe, sei die Frage, wie die vom Führer getroffenen Entscheidungen die englisch-deutschen Beziehungen berühren würden. Offensichtlich werde das mehr denn je vom Führer verlässlich abhängen, und man könne nur hoffen, daß sein neues Kabinett ein Schritt auf dem Wege zu einer Außenpolitik sein werde, die auf des Führers persönlichen und wiederholten Wunsch nach Frieden und Stabilität aufgebaut sei. Des Führers Anerkennung der „unentbehrlichen Dienste“ von Neurath werde in England

ein Echo haben. Herr von Ribbentrop sei in London wohl bekannt. Seine Kenntnis der friedfertigen Bestrebungen Englands würde sicherlich wertvoll sein. England dürfe in seinen Bemühungen um die beiden großen Ziele, die es entschlossen in Angriff genommen habe, nämlich die schnelle und völlige Aufrüstung und eine dauernde Vereinigung in Europa, nicht nachlassen.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ schreibt, die Ernennung von Ribbentrop habe in amtlichen Kreisen Londons nicht überrascht. In diesen Kreisen hoffe man, daß Ribbentrops Erfahrungen als Botschafter in England einen nützlichen Grundstein für engere Beziehungen zwischen den beiden Regierungen auf den verschiedensten Gebieten bilden würden. Das Blatt bringt zugleich einen Bericht von Ward Price über die letzten Ereignisse in Deutschland, der mit der Feststellung schließt, daß die deutsche Regierung sich jetzt freier mit den außenpolitischen Problemen befassen könne.

Auch die Pariser Montagblätter beschäftigen sich noch eingehend mit den Berliner Ereignissen vom 4. Februar. Allgemein weisen die Blätter jetzt darauf hin, daß die ersten Schritte Verantwortung des Führers noch eine wesentliche Stärkung erfahren habe. In außenpolitischer Hinsicht dürfe man keineswegs mit einem Umschwung rechnen. Deutschland werde weiterhin die durch die Weisung Rom-Berlin und den Antikominternpakt vorgezeichnete Politik innehalten.

Welthandel, wie Hull ihn meint

Dem Leiter des State Department in Washington, Cordell Hull, dem Manne, der Roosevelt's Außenpolitik führt, sagt man nach, daß er Großzügigkeit, Aufgeschlossenheit und nüchtern-reale Beurteilung der Dinge vereine. Die Rundfunkrede, die er am Sonntag über „Handel — Wohlstand — Frieden“ gehalten hat, scheint wenigstens in ihren Grundzügen diese Auffassung zu bestätigen. Es ist ein Lieblingssthema Hulls, mit dem er sich da beschäftigt hat, sozusagen sein Paradestück. Denn er hat in zäher und geduldig Arbeit, die gleichermaßen nach außen wirkte wie sie im eigenen Lande Widerstände zu überwinden half, das Steuer der U.S.A. Handelspolitik herumgedreht, hat die hohen Zollmauern, die der republikanische Präsident Hoover um Nordamerika getürmt hatte, teilweise abgetragen und damit auch von außen her frische Luft in die Wirtschaft seines Landes einströmen lassen. Mit gutem Rechte konnte er sich daher in seiner Rede rühmen, daß Amerika durch sein Handelsabkommen-Programm Erfolge auf dem Wege erzielt hat, den Weltmarkt und damit seinen eigenen Wohlstand zu beleben. Hull hat aber weiterhin auch, ohne ihn mit Worten zu nennen, auf den Bericht von Neelands angespielt und sich dessen Grundthese zu eigen gemacht, daß der Wohlstand der Völker untrennbar verbunden ist mit dem Frieden und dem Gefühl der Ruhe. Unter den modernen Verhältnissen könne sich keine Nation den Folgen eines größeren Krieges oder eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs entziehen. Daher sei Amerika jederzeit bereit, an einer Besserung der Weltwirtschaft für den Weltmarkt mitzuarbeiten sowie sich an Bemühungen um einen allgemeinen Aufschwung zu beteiligen.

Freundlich und angenehm klingen diese Worte der Welt in den Ohren. Weltmarkt, Wohlstand und Frieden sind Fragen, die allen Völkern am Herzen liegen und uns bestimmt nicht zulezt. Nur ist die Sprache, mit der in dem „westlichen Demokratien“ diese Probleme behandelt werden, zwar nicht dem Worte, aber dem Sinne nach eine andere, als wir sie sprechen können. Der Weltmarkt, wie Cordell Hull ihn meint, soll sich auf demselben Feuer- und richtungslosen Schmelzofen verfrachten werden, mit der er jederzeit an den Klippen der Weltkriege gescheitert ist. Da Amerika mit Ausnahme von Kautschuk (den es sich leicht beschaffen kann) alle wichtigen Rohstoffe besitzt, sieht es im Weltmarkt nur die Möglichkeit, Spitzen auszugleichen und möglichst gut zu verdienen. Verhältnismäßig leicht es der deutschen Zwangslage gegenüber, im Weltmarkt nicht die Wirtschaftsfreiheit zu verlieren und den Tanz um das goldene Rad nicht mitzumachen, wenn die Unabhängigkeit in Frage gestellt ist. Daher die scharfe Einsichtlosigkeit, mit der im State Department die deutschen Desinfektionschriften betrachtet werden, als eine Gänze wider den Hörsinn der allgemeinen Weltöffentlichung, dieses Jhd's ungebundener — und, wie wir wissen, unheilvoller Weltmarkt-auffassung. Daher der Döner, den Hull in seiner Rede machte gegen den „engstirnigen Isolationismus“, von dem sich die U.S.A. ebenso fernhalten müßten wie von sentimentalem Internationalismus. Das eine Sprüche, ein Begriff zwei Inhalte haben kann, ist gerade bei Neuerungen amerikanischer Staatsmänner nie zu vergessen. Darum darf auch der Teil von Hulls Rede nicht falsch eingeschätzt werden, in dem er noch über den von Neelands-Bericht hinausgehend, die politische Seite der Weltbeziehungen als ebenso wichtig wie die wirtschaftliche hinstellt — mögen wir grundsätzlich dieser Auffassung auch rückhaltlos zustimmen können.

„Der Nikaragua-Kanal muß gebaut werden“

Amerikanischer Plan einer Ergänzung zum Panama-Kanal - Kosten 722 Millionen Dollar

Washington, 7. Februar.

Die Erklärung des amerikanischen Flottenchefs, Admiral Beach, daß die Flottenflotte der Vereinigten Staaten nicht in der Lage sei, die Küsten des Atlantischen und Stillen Ozeans gleichzeitig zu verteidigen, haben, wie „Associated Press“ meldet, das Interesse für den Bau des Nikaragua-Kanals stark erhöht. Offiziere der Armee und der Marine haben sich dahingehend geäußert, daß der Nikaragua-Kanal als Ergänzung zum Panama-Kanal durchaus notwendig sei, um eine rasche Verlegung der amerikanischen Flottenflotte von einem Ozean in den anderen durchzuführen zu können. Ferner sprächen auch Gründe wirtschaftlicher Art für die Durchführung des Baues.

Der Vorsitzende der Kommission, die von dem Konarch vor einiger Zeit ernannt wurde, die Frage dieses Kanalbaues zu prüfen, erklärte, daß der Bau die Sicherheit der Vereinigten Staaten wesentlich erhöhen werde. Er führte aus, daß der Bau bei einer Länge von 184 Meilen und 722 Millionen Dollar kosten werde. Nach seinen Schätzungen dürften die Vorarbeiten etwa fünf Jahre, die reine Bauzeit für den Kanal etwa zehn Jahre beanspruchen.

Der demokratische Abgeordnete Edward J. Roy (Kalifornien) hat bereits eine Vorlage für den Kanalbau eingebracht. Nach seinen Berechnungen würden sich die Kosten für den Bau auf 800 Millionen Dollar stellen.

Autobahnen nach deutschem Vorbild

New York, 7. Februar.

Die „New York Times“ berichtet aus Washington über ein großartiges Projekt zum Bau eines transkontinentalen Netzes von Bundesautobahnen nach dem Vorbild der deutschen Reichsautobahnen. Der Plan sei gleichzeitig gedacht als Mittel zur Arbeitsbeschaffung und Gewinne in den letzten Tagen unter den Mitgliedern des Kongresses mehr und mehr an Bedeutung. Senator Duffie aus Ohio habe dem Präsidenten Roosevelt ein Projekt vorgelegt, das von drei der Vereinigten Staaten in der Ostküste und sechs in Nordamerika durchschnittenen Autobahnen vorsehe. Die Gesamtlänge würde 2000 Meilen betragen. Roosevelt habe dem Senator Duffie erklärt, daß er bereits einen ähnlichen Plan erwogen habe. Er habe den Senator jetzt aufgefordert, mit Ingenieuren den Plan in seinen Einzelheiten auszuarbeiten und als Entwurf Vorlage beim Kongress einzureichen. Das Projekt der Bundesautobahnen sei auch vom Kriegsministerium und der Straßenbehörde, sowie von den Direktoren des Federal Reserve Board gutgeheißen worden. Die Autobahnen sollen in der Mitte mit einem Grasstreifen versehen werden und die Städte mit Linien- oder Heberführungen betreiben. Die Gesamtkosten werden auf insgesamt 8 Milliarden geschätzt. Sie sollen durch Schulverschreibungen aufgebracht werden. Es wird erklärt, daß Gesamtprojekt sei

als sich selbst amortisierendes Unternehmen durch Erhebung eines Weggebühres je Meile und aus den Einnahmen der Wolkentransporte gedacht.

„England braucht keine allgemeine Dienstpflicht“

London, 7. Februar.

Der konservative Abgeordnete Sir William Grigg steht im „Oberhaus“ die Erörterungen darüber fort, ob England eine allgemeine Dienstpflicht brauche oder nicht. Grigg kommt zu dem Schluss, daß militärische Gründe für England die Einführung einer solchen Dienstpflicht nicht erfordern. Für seine Empfindungen brauche England Langweilende, also freiwillige, Soldaten; für seine Seimantverteilung aber komme es, solange die Flotte überlegen sei, mit dem bisherigen System aus. Tropfen aber lehnt Grigg eine Art allgemeinen Dienst an der Allgemeinheit nicht ab. In Demokratien sei die Jugend nicht weniger als in autoritären Staaten verpflichtet, dem Staat gegenüber Pflichten zu erfüllen und ihm einen Dienst zu leisten.

Chinas Zentralregierung im Ringen gegen Zerfall

Der Staatsstreik in Kanton gescheitert - Die Japaner setzen den Vormarsch auf Suifu fort

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Beijing, 7. Februar.

In Südhina bleibt die Lage weiterhin sehr gespannt. In Kanton, wo der Kriegszustand verkündet wurde, ist zwar der von den chinesischen Behörden gefürchtete Staatsstreik verhindert worden, die Unruhe dauert aber an. Die wird noch gefördert dadurch, daß sowohl am Sonntag als auch am Montag die Japaner an der südhinesischen Küste mit ihrer Flotte und auch mit ihrer Flotte eine parte Aktivität entfalten.

In Kanton rechnet man mit einem bevorstehenden Großangriff der Japaner. Es wäre aber sehr wohl denkbar, daß die lebhafteste Tätigkeit der Japaner in erster Linie die letzten Kräfte unterhalten soll, die in Südhina auf eine Bestätigung von der chinesischen Zentralregierung hinarbeiten. Seit einiger Zeit machen sich in Kanton selbst und in den Südhinprovinzen solche Tendenzen geltend, die in Hongkong ist man jedenfalls der Ansicht, daß die Vorgänge in Kanton und auch in den südhinesischen Provinzen als erste Anzeichen eines chinesischen Zerfalls des chinesischen Staates betrachtet werden müssen. Man glaubt, daß die Macht der Zentralregierung offenbar durch den anhaltenden Widerstand gegen die japanischen Truppen in Nordchina bereits in Kanton verloren ist, daß sie ihre Vormarschleistung in Südhina kaum noch sichern kann.

Zugleich kommen Meldungen, nach denen die Japaner sehr glücklich gegen den in der letzten Zeit vielgenannten Eisenbahnnotenpunkt Suifu an operiert haben. Dort werden sich voraussichtlich in absehbarer Zeit die von Norden vom Hankin nach Norden vordringenden Truppen mit den von Süden nach Norden vordringenden Truppen treffen. Diese letzten Truppen haben jedenfalls erneut die Chinesen zurückgeschlagen und dürften nur noch etwa 150 Kilometer von Suifu entfernt sein, wo Tschiang-Kaischek Truppen konzentriert hat, denen offenbar die Gefahr droht, eingekreist zu werden. Die von Hankin aus operierenden Truppen werden beim Vormarsch auf Suifu auf keine chinesische Widerstandslinie mehr stoßen. Auch das ebene Gelände sei sehr vollkommen motorisierten japanischen Armee sehr günstig. Man glaubt auf japanischer Seite nicht, daß die Chinesen noch die Kraft haben, sich zur Wehr zu setzen und erwartet deshalb den Fall Suifu in spätestens 14 Tagen.

Streik im Militärkloster von Toulou. Die auf dem Militärkloster von Toulou tätigen Arbeiter haben aus Protest gegen die ihnen vom Schiedsgericht zugewandene, aber nicht ausdesahlte Lohnmehrschüma beschlossen, am Montag früh in den Streik zu treten. Mehrere hundert Mann, die mit dem Reform- und Hygienearbeiten beschäftigt waren, haben ihre Arbeit niedergelegt.